

## **Auf Corona solidarisch reagieren!**

Die Auswirkungen von Corona haben den Alltag aller Düsseldorfer\*innen in den letzten Wochen geprägt. Erstes und wichtigstes Ziel muss es sein, dass möglichst viele Menschen gesund durch diese Krise kommen. Wir wissen nicht, welche Gefahren und Herausforderungen zukünftig noch auf uns zukommen können und wie schwierig gerade die direkt vor uns liegende Wegstrecke sein wird. Umso weniger ist es heute möglich, die mittel- und langfristigen Folgewirkungen verlässlich abzuschätzen. Verantwortliche Politik muss es dennoch versuchen – zunächst auf Sicht fahrend, dann Schritt für Schritt konkreter werdend, mit jeder Woche, die weitere Informationen bringt.

Diese Herausforderung hat Düsseldorf bis heute hervorragend gemeistert. Dazu haben alle Beteiligten beigetragen: Die Stadtverwaltung unter Leitung von Oberbürgermeister Thomas Geisel, insbesondere die Mitarbeiter\*innen im Gesundheitsamt und im Ordnungsamt, die Polizei und die staatlichen Behörden vor Ort, die Politik im Rat und den Bezirken, die Verbände und Institutionen, Unternehmen und Gewerkschaften, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Wohlfahrtsverbände und soziale Einrichtungen. Ihnen allen sprechen wir unseren Respekt und unseren Dank aus. Ganz besonders gilt dies für die Ärzte und das Pflegepersonal in den Krankenhäusern und in den Praxen unserer Stadt sowie das Pflegepersonal in den Senior\*innen- und Pflegeheimen. Last but not least ist die besondere Belastung und die große Leistung aller Eltern, insbesondere der durch die Mehrfachbelastung betroffenen Mütter, durch die Schließung von Schulen, Kitas und Betreuungseinrichtungen hervorzuheben.

Dabei ist uns klar: Insbesondere die mittel- und langfristigen sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie sind z.Zt. noch gar nicht absehbar. Auch in Düsseldorf sind ganze Wirtschaftszweige durch den Lock-down zum Erliegen gekommen. Die Existenz von Betrieben ist bedroht, viele Menschen fürchten, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Hier liegt die Verantwortung zuallererst beim Bund, über die Soforthilfen hinaus Maßnahmen zur Sicherung von Betrieben und zum Erhalt der Arbeitsplätze zu ergreifen.

Auch der städtische Haushalt wird Einbußen erfahren, vor allem aufgrund ausbleibender Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Es gilt daher, die finanziellen Mittel klug einzusetzen, um unseren Beitrag zur Sicherung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Infrastruktur unserer Stadt zu leisten. Ein wichtiger Beitrag dazu ist die weitere Umsetzung der geplanten städtischen Investitionen (Schulbauten, Bäder usw.), die ohne Unterbrechung fortgesetzt wird. Die SPD Düsseldorf steht dafür ein, dass auch nach Corona keine Abstriche an den zentralen politischen Handlungszielen gemacht werden: Schulbau, Verkehrswende, Klimaneutralität bis 2035, Digitalisierung.

Düsseldorf hat schnell und konsequent auf die Corona-Krise reagiert. In der Anlage zu diesem Papier findet sich eine stichwortartige Auflistung der bisher ergriffenen Maßnahmen. Darauf aufbauend schlägt die SPD Düsseldorf folgenden Schritte für die weitere solidarische Bewältigung der Corona-Krise durch Stadt, Land und Bund vor:

## **Solidarisches Düsseldorf**

### **Gesundheit:**

- Die SPD Düsseldorf hat bereits vor Corona gefordert, dass die Stadt wieder eigene Einrichtungen im Bereich der stationären Pflege betreiben soll. Die Notwendigkeit dieses Engagements ist aktuell wieder deutlich geworden.

- Darüber hinaus gilt für den gesamten Gesundheitsbereich, dass Stadt, Land und Bund sich stärker mit verbindlichen Vorgaben für private Betreiber und auch mit leistungsstarken öffentlichen Einrichtungen engagieren müssen.
- In Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden, Psycholog\*innen und dem Gesundheitsamt wollen wir einen runden Tisch "Psychische Gesundheit nach Corona" ins Leben rufen, der ein Konzept für ein Aufarbeitungsprogramm verschiedenen Themen (z. B. Traumata, Einsamkeit – insbesondere von Alleinlebenden, Älteren und Kranken; Problematik, in einer solchen Situation bspw. oder Unterstützungsperson ein Kind zur Welt bringen oder einen geliebten Menschen allein sterben lassen zu müssen u. a.). Wir fordern einen solchen Schwerpunkt auch von der Landes- und Bundesregierung.
- Wir wollen den in Zeiten der Isolation ansteigenden häuslichen Gewalt Betroffenen weiterhin helfen und sicherer Zufluchtsort für Opfer häuslicher Gewalt sein. Dafür haben wir aktuell noch mehr Plätze auch außerhalb von Frauenhäusern bereitgestellt, das werden wir verstetigen.
- Aufbauen auf der durch OB Thomas Geisel einberufenen Pflegekonferenz schlagen wir die Einrichtung eines „runden Tisches Pflege“ vor. Hierzu sind Personen aus allen Bereichen, Kliniken, Pflegeheime, amb. Pflege, Pflegeschulen aber auch beruflich Pflegende, Auszubildende, Gewerkschaftsvertreter, Vertreter der Pflegeberufe (z.B. DbfK) und zu Pflegende einzuladen. Ziel dieses runden Tisches soll sein, Methoden zu entwickeln, wie die Stadt Düsseldorf den Institutionen helfen kann, mehr Pflegekräfte zu gewinnen, z. B. durch: Unterstützung bei der Wohnungssuche, Azubi-Wohnen, Förderung des FSJ durch Bonusanreize für die weitere Ausbildung.

### **Bewältigung und sozialer Ausgleich der Folgen der Krise - Schutz und Unterstützung für Senior\*innen:**

- Neben den bereits eingeleiteten und den weiter Notwendigen sozialen Absicherungsmaßnahmen durch den Bund fordern wir einen kommunalen Härtefallfonds für diejenigen, die durch die Corona-Krise in Not geraten sind und durch die anderen sozialen Sicherungssysteme nicht unterstützt werden.
- Ausgehend von den Erfahrungen mit der aktuellen Corona-Krise besteht die Notwendigkeit, Konzepte gegen Einsamkeit insbesondere älterer Menschen in der Stadt zu erarbeiten.
- Aktuell besteht akuter Handlungsbedarf mit Blick auf die Situation in den Senior\*innen- und Pflegeeinrichtungen und in Krankenhäusern. Generell muss hier gelten: Die Bewohner\*innen und die Patient\*innen müssen geschützt werden, aber die Maßnahmen müssen auch verhältnismäßig sein. Denn Besuchsverbote haben große belastende Auswirkungen auf die Bewohner - Einsamkeit ist in Pflegeheimen ohnehin schon ein großes Problem. Gerade ältere Menschen in Pflegeheimen treffen die Corona-Maßnahmen besonders hart. Für sie braucht es Wege aus der Isolation. Die Pflegeeinrichtungen müssen sich darauf einrichten, dass sie noch über längere Zeiträume mit dem Corona Virus umgehen müssen. Bewohner\*innen von Pflegeeinrichtungen benötigen zwar einen besonderen Schutz, pauschal darf die Gesellschaft aber nicht dazu übergehen, sie zu isolieren. Wir wollen keine Zweiklassen-Bewegungsfreiheit in der die Jüngeren an der Gesellschaft teilhaben und die Älteren nicht. Das Recht auf Ehe (wenn Ehepartner sich nicht mehr besuchen dürfen) und Familie muss unverzüglich wiederhergestellt werden. Stadt, Land und Bund müssen darauf hinwirken, dass gemeinsam mit den Pflegeeinrichtungen Konzepte erarbeitet werden für
  - Regelmäßige Tests
  - Genügend Schutzkleidung und Schutzmasken, Handschuhe und Desinfektionsmittel

- Personen, die bereits infiziert sind oder bei denen zeitweise eine Infizierung nicht ausgeschlossen werden kann, sind getrennt von den anderen Bewohner\*innen unterzubringen, z.B. in Einzelzimmern. Entsprechende Konzepte sind in Abstimmung mit den Gesundheitsbehörden zu entwickeln.
- Besucherzimmer, in denen Angehörige die Älteren besuchen dürfen.
- Die alltägliche Versorgung älterer Bewohner\*innen im Stadtteil, wie sie zur Zeit von den zentren *plus* sicherstellt wird, muss zu deren Regelaufgabe werden.

### **Digitale Stadt:**

- Wir wollen die zentren plus entsprechend technisch ausstatten, damit Nutzer\*innen Zugriff haben auf Online Banking, Social Media oder Streamingdienste und ehrenamtlich vor Ort und durch die Einrichtung einer „Generationenhotline“ für die entsprechende Befähigung älterer Bürger\*innen sorgen. Außerdem gehört der Zugang zu digitalen Formaten, wie bspw. die Videotelefonie, in den Leistungskatalog der Senior\*innen- und Pflegearbeit. Dies betrifft auch ältere Personen, die zu Hause leben. Hier sollen entsprechende Dienstleistungen nach Hause „bestellt“ werden können sowie ein Stadtteilmobil mit der entsprechenden Ausstattung in den Stadtteilen eingesetzt werden.
- Das Jugendamt stellt den Düsseldorfer Eltern das bekannte Erziehungsprogramm Triple P (=Positive Parenting Program) als Online-Version aktuell in der Corona-Krise kostenfrei zur Verfügung. Die Nutzungszahlen belegen das Interesse und den Unterstützungsbedarf bei den Familien. Triple P gibt alltagstaugliche Anregungen für eine positive Eltern-Kind-Beziehung und bietet Hilfestellungen zur Vermeidung bzw. zum konstruktiven Umgang mit Konfliktsituationen. Dieses Angebot gilt es (auch nach Corona) zu verstetigen. Weitere Programme, wie z.B. für das Leben mit einem Säugling oder für die Herausforderungen mit pubertierenden Jugendlichen, müssen ergänzt werden.
- Des Weiteren sollen die Online-Beratungsangebote für Kinder, Jugendliche und Eltern ausgeweitet werden.
- Wir wollen auf der Seite der Kund\*innen nicht nur den Gang ins Bürgerbüro überflüssig machen, sondern auch andere Services zusätzlich ermöglichen. Stadtbücherei und Volkshochschule sind hier Vorreiter. Hier sind Bund und Land in der Pflicht, die gesetzlichen Voraussetzungen für mehr digitalen Service zu schaffen.
- Auch eine zentrale App könnte die Informationsbereitstellung wesentlich vereinfachen.
- Mobiles Arbeiten sowie Home-Office-Lösungen wollen wir unter bestimmten arbeitsrechtlichen Voraussetzungen und sofern von Mitarbeitenden gewünscht, unterstützen. Darüber hinaus hat die aktuelle Krise gezeigt, dass eine Ausstattung mit mobilen Geräten eine flexible Reaktion auf Krisen erleichtert. Deshalb sollen auf Sicht alle Mitarbeiter\*innen mit Büroarbeitsplätzen mit mobilen Computern und Telefonen ausgestattet werden. Digitalisierung bedeutet aber nicht nur eine Ausstattung mit modernen technischen Geräten und Arbeitstools. Mitarbeitende aller Bereiche müssen auch entsprechend fortgebildet werden. Hier wollen wir, dass die Stadtverwaltung mit gutem Beispiel voran geht und ein Fortbildungskonzept für ihre Mitarbeitenden entwickelt und umsetzt.
- Demokratie muss auch digital stattfinden können. Ob Rat oder Bürgerbegehren, die Teilhabe an demokratischen Prozessen mithilfe der Digitalisierung muss weiter ausgebaut werden. Dabei muss jedoch der Zugang zu digitaler Teilhabe für alle Menschen gesichert sein und demokratische Werte dürfen nicht ausgehebelt werden – und als Voraussetzung muss das Land gesetzliche Hürden abbauen.

### **Mobilität:**

- Wir wollen den Sommer 2020 nutzen und mit einer konzentrierten Aktion das Radhauptnetz auf seinen wesentlichen Routen sofort erweitern. Dabei sollen temporäre Absperrungen und Markierungen zum Einsatz kommen und auch das Konzept der Umweltspuren einbezogen werden.
- Wir rufen alle Düsseldorfer Unternehmen auf, dort, wo es möglich und von den Mitarbeitenden gewünscht ist, mindestens einen Home-Office-Tag pro Woche zu ermöglichen. Damit kann das Verkehrsaufkommen in und nach Düsseldorf um bis zu 20 % gesenkt werden.
- Wir brauchen mehr denn je einen massiven Ausbau unserer (Stadt-)Bahn- und Busflotte, um überfüllte Fahrzeuge zu vermeiden. Zusätzliche Fahrzeuge wurden bereits bestellt oder sind bereits in Betrieb. Zudem sollte geprüft werden, ob ältere Bahnen, die eigentlich durch die Neuen ersetzt würden, vorerst in Betrieb bleiben können, um die Kapazitäten und Taktungen zu verbessern.
- Nach den Erfahrungen mit Corona ist es für eine bessere Akzeptanz bei den Nutzer\*innen erforderlich, ein Konzept zur Hygienegewährleistung schaffen. Die Verteilung von Hygienekits in den Fahrzeugen der Rheinbahn und die Reinigung der Fahrzeuge an den Endhaltestellen waren hier ein guter Anfang.

### **Wohnen:**

- Wir werden da, wo es in unserem Einflussbereich liegt, den Erlass von durch Corona verursachten Mietschulden prüfen.

### **Ehrenamt:**

- Verstetigung ehrenamtlicher Angebote, wie z. B. Einkaufshilfen durch bessere Vernetzung der aktiven Akteure.
- Wir wollen außerdem die Vernetzung von Vereinen, Institutionen, Initiativen und Einzelpersonen vorantreiben und daher neben der Stabsstelle im Büro des Oberbürgermeisters in jedem Stadtbezirk – in den Bezirksverwaltungsstellen – eine Ehrenamtskoordination (vernetzende Strukturen) installieren. Diese sollen gemeinsam die Vernetzung untereinander ermöglichen und damit die vielfältige ehrenamtliche Tätigkeit unterstützen. Dabei können die in vielen Stadtbezirken bereits vorhandenen Welcome Points integriert werden.
- Diese Ehrenamtskoordination kann weiter als Anlaufstelle für den Kontakt in die Verwaltung dienen. Regelmäßige Stadtbezirkskonferenzen können Verwaltung und Engagierte zusammenbringen.

### **Sicherung von Unternehmen und Arbeitsplätzen**

- Wir unterstützen die 1 : 1-Fortsetzung der geplanten städtischen Investitionen (Schulbauten, Bäder usw.) durch OB Thomas Geisel, um Nachfrage und Aufträge für die heimische Wirtschaft zu sichern. Diesem Ziel dient auch die schnellstmögliche Ausschreibung und Auftragserteilung bei allen derzeit möglichen öffentlichen Investitionen.
- Wir wollen in der aktuellen Situation auf die Gebühren zur Nutzung des öffentlichen Raumes - wo immer es möglich und sinnvoll ist - verzichten. Dort wo der Platz beengt ist, wollen wir sogenannte Parklets (<https://de.wikipedia.org/wiki/Parklet>) ausprobieren, um mehr Außengastronomie zu ermöglichen.

- Zur Stärkung unserer Stadtteilzentren wollen wir bei der Wirtschaftsförderung eine Vermittlungsagentur einrichten, die Anbieter\*innen und Nutzer\*innen von Handels- und Gastronomieflächen zusammenbringt.
- Wir wollen gemeinsam mit der IHK und WHK eine Website aufsetzen, die lokale Händler\*innen und Unternehmen vernetzen und verlinken.
- Wir schlagen vor zu prüfen, ob und in wie weit es möglich ist, Produktionsstandorte für Schutzausrüstung und Beatmungsgeräte in Düsseldorf anzusiedeln.
- Wir wollen den Schaustellern in Düsseldorf mit kreativen Veranstaltungsformaten helfen, wenigstens einen kleinen Umsatz zu erzielen.

### **Künstler\*innen:**

- Wir werden eine Erhöhung der investiven Ankaufsetats der Düsseldorfer Museen prüfen, um durch den Ankauf von Kunst das Anlagevermögen der Stadt zu erhöhen und um gleichzeitig insbesondere jüngere Künstler\*innen aus der Region und ihre jeweiligen Galerien zu unterstützen, die durch ihre Existenz und ihre Arbeit wesentlich zum Erfolg der Kunststadt Düsseldorf beitragen.
- Bereitstellung von frei werdenden städtischen Ateliers vorrangig an Künstlerinnen, besonders für Alleinerziehende.

### **Sport:**

- Sportvereine (Sportler\*innen, Trainer\*innen und Ehrenamtliche) werden sowohl im Breiten- als auch im Leistungssport die Nachwirkungen von Corona spüren. Die Sportstadt Düsseldorf steht den Vereinen bei der Etablierung von Onlineangeboten zur Seite. Zusätzlich setzen wir uns auf allen Ebenen dafür ein, dass Sport machen im Verein auch durch nicht-finanzielle Förderprogramme unterstützt wird.

## **Solidarisches Deutschland, solidarisches NRW**

### **Gesundheit:**

- Die Bezahlung für Überstunden, die Ärzte und Pflegepersonal in Krankenhäusern, Arztpraxen, häuslicher Pflege und Pflegeheimen wegen Corona absolviert haben, soll steuerfrei erfolgen.
- In der Corona-Krise ist die besondere Bedeutung der Hochleistungsmedizin in den sechs Unikliniken des Landes deutlich geworden. Dem muss auch die Bezahlung des Personals und die Organisation der Kliniken Rechnung tragen. Den Beschäftigten ihrer Tochtergesellschaften soll daher (finanziert über einen Landeszuschuss) rückwirkend ab 1. März das Entgelt nach TV-L gezahlt werden. Im weiteren Verlauf sollen die Tochtergesellschaften aufgelöst und die Beschäftigten in die Unikliniken zurückgeführt werden.
- Die Corona-Krise hat deutlich gemacht, dass der Bereich der häuslichen Pflege bei der Gesundheitsvorsorge und Pandemie-Bekämpfung systemrelevant ist. Zur Sicherstellung des Arbeitsschutzes und der zu betreuenden Patient\*innen muss eine Keimverschleppung etwa aufgrund fehlender Schutzausrüstungen oder Hygieneartikel unbedingt vermieden werden. Dazu bedarf es öffentlicher Unterstützung – bei der Beschaffung, aber auch durch die Bereitstellung finanzieller Mittel.

- Das Land muss bei Schutzausrüstungen entsprechende Vorsorge treffen, um bei einer erneuten Pandemie besser vorbereitet zu sein.

### **Sicherung von sozialen Standards und Strukturen sowie der Vereins-, Verbands- und Jugendarbeit und des Sports:**

- Von der Corona-Krise ist neben der Wirtschaft besonders der gesamte Bereich gesellschaftlicher Organisationen und Vereine betroffen. Die Träger der sozialen, sportlichen und kulturellen Einrichtungen und Angebote stehen vor besonders großen Herausforderungen: sie müssen fixe Kosten – unter anderem für das Personal in den Vereinen und Verbänden – weiterhin tragen und stehen gleichzeitig vor dem Problem, dass sie – was richtig ist – (Groß-) Veranstaltungen absagen müssen. Dafür brauchen sie Sicherheit in Bezug auf die Finanzierung ihrer Maßnahmen und ihres Personals, sowie der Frage der Erstattung der Stornokosten. Die Mittel aus den staatlichen und kommunalen Förderplänen müssen daher weiterhin fließen und im Zweifel zu Soforthilfen für Liquiditätsengpässe umgewandelt werden. Kredite und Bürgschaften sind keine geeigneten Überbrückungsmaßnahmen für diese Bereiche.
- Das gilt gleichermaßen auch für den Bereich der Empfänger von Mitteln aus dem Kinder- und Jugendförderplan des Landes.
- Neben den privaten Unternehmen müssen auch die Unternehmen der Sozialwirtschaft und gemeinnützige Vereine und Organisationen Zugang zu staatlichen Hilfsmitteln zur Sicherung von Arbeitsplätzen und wirtschaftlicher Infrastruktur erhalten. Für den sozialen Sektor müssen dabei verlorene Zuschüsse statt Kredite und Bürgschaften vorgesehen werden, um die drohende finanzielle Überlastung in diesem Sektor zu verhindern.

### **Sicherung von Unternehmen und Arbeitsplätzen:**

- Der Bereich der Gastronomie und des Beherbergungsgewerbes, der in Düsseldorf eine zentrale wirtschaftliche Bedeutung hat, ist durch die anhaltenden Schließungen besonders betroffen. Es droht das Wegbrechen ganzen Strukturen und damit die Vernichtung wirtschaftlicher Existenzen und einer Vielzahl von Arbeitsplätzen. Hier ist staatliche Unterstützung in Form von verlorenen Zuschüssen zu den laufenden Kosten, insbesondere den Mietzahlen, erforderlich.
- Die Verkehrsunternehmen und –verbände in NRW, auch die Rheinbahn, haben massive Einnahmeausfälle durch die Corona-Krise erlitten. Hier ist ein staatlicher Ausgleich erforderlich.

### **Bewältigung und sozialer Ausgleich der Folgen der Krise:**

- Das Kurzarbeitergeld muss für die Betriebe, in denen es keine Betriebsvereinbarungen bzw. Tarifverträge gibt, auf 80 bzw. 87 % aufgestockt werden, zumindest für den Bereich der niedrigen und mittleren Einkommen. Gleichzeitig ist es in der aktuellen Situation erforderlich, das Kurzarbeitergeld auf geringfügig Beschäftigte auszuweiten. In zahlreichen Wirtschaftsbereichen wird in großem Maße mit dem Instrument der geringfügigen Beschäftigung gearbeitet, dass bisher keinen Zugang zum Kurzarbeitergeld eröffnet. Hier muss jetzt eine Lösung auch für diese Beschäftigten gefunden werden.
- Das gilt auch für zahlreiche Studierende, Schüler\*innen und Auszubildende, die zur Finanzierung ihrer Ausbildung insbesondere in solchen geringfügigen Arbeitsverhältnissen tätig waren, die in der Krise jetzt aktuell weggefallen sind. Um akute Notlagen und Folgen bis

hin zum Abbruch der Ausbildungen zu verhindern muss schnell und unbürokratisch Zugang zum Bafög oder einem Härtefallfonds eröffnet werden.

- Neben dem von der SPD im Bund durchgesetzten Anpassung der Grundsicherung und des Kinderzuschlags an die Erfordernisse der Krise ist eine Anhebung der Grundsicherung in Form einer monatlichen Pauschale von 100 Euro erforderlich, um die Krisenfolgen wie etwa Preissteigerungen und Hamsterkäufe für die Menschen in der Grundsicherung, mit geringem Einkommen und kleinsten Renten abzufedern.
- Die zahlreich anfallenden Überstunden in „systemrelevanten Bereichen“, etwa dem Gesundheitswesen und der Pflege, aber auch bei den zahlreichen öffentlichen Diensten wie Feuerwehr, Polizei, Ordnungsamt und den Gesundheitsämtern, müssen ausgeglichen werden (durch Bezahlung oder späteren Freizeitausgleich). Auf keinen Fall dürfen sie verfallen, dass muss notfalls der Gesetzgeber sicherstellen.
- Wir fordern eine Tarifbindung für alle systemrelevanten Beschäftigten: Keine Ausgliederung dieser systemrelevanten Aufgaben an nicht tarifgebundene Unternehmen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Tarifverträge in solchen systemrelevanten Branchen für allgemeinverbindlich erklärt werden können - also auch für die Unternehmen verbindlich sind, die in keinem Arbeitgeberverband organisiert sind und keinen Haustarifvertrag haben.
- Wir wollen Eltern bei der Betreuung ihrer Kinder unterstützen und fordern daher in der aktuellen Situation die Schaffung der Möglichkeit einer „Corona-Teilzeit“ bei vollem Lohnausgleich. Denn es zeigt sich deutlich, dass das Home Office keine Lösung für die fehlende Kinderbetreuung ist, sondern die Belastung der Eltern – und damit real weiterhin insbesondere der Mütter - erhöht.

#### **Staatliche Hilfe für die Kommunen:**

- Die Kommunen werden durch massive Ausfälle bei der Gewerbe- und Einkommenssteuer und gleichzeitig massiv steigende Kosten in Gesundheits- und Sozialbereich besonders von den Folgen der Krise getroffen werden. Daher muss die finanzielle Unterstützung der Kommunen zu einem festen Bestandteil der staatlichen Rettungsschirme werden.
- Um die ganz aktuellen Herausforderungen durch Corona im Sozialbereich bestehen zu können, ist ein von Bund und Ländern getragener kommunaler Sozialfonds der richtige Weg. Er soll insbesondere dazu dienen, Menschen aus den besonderen Risikogruppen auch im Zuge der Corona-Krise eine gleichberechtigte Teilnahme am öffentlichen Leben zu ermöglichen.
- Die Altschuldenübernahme durch Bund und Länder wird in dieser Situation umso dringlicher und darf auf keinen Fall „coronabedingt“ auf die lange Bank geschoben werden.

#### **Digitalisierung vorantreiben:**

- Wir schlagen ein großangelegtes Ausbauprogramm für Glasfaserkabel in Düsseldorf vor, das von der Stadt initiiert und koordiniert wird. Im Bereich des Breitbandausbaus hinkt Deutschland im EU-Vergleich weiter deutlich hinterher. Wir werden Land und Bund hier nicht aus der Verantwortung entlassen und fordern die zügige Umsetzung der Ziele im Breitbandausbau. Die Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag im Bund sowohl dieser wie der letzten Legislaturperiode warten immer noch auf die Umsetzung.
- Wir müssen Schulen und Lehrkräfte dabei unterstützen, ihre Online-Lernangebote zu verstetigen. Der Start der Lernplattform „It's Learning“, die Bereitstellung von zusätzlichen 15.000 Tablets und die Aufstockung des Bundeszuschusses bei den Anschaffungskosten für

gering verdienende Familien auf 100% waren hier bedeutende erste Schritte. Wir wollen auf eine einheitliche Nutzung einer Plattform hinarbeiten. Insbesondere müssen Lehrkräfte und Schüler\*innen in der Nutzung geschult und unterstützt werden. Medienkompetenzbildung sowohl für Schülerinnen und Schüler, aber auch für Lehrerinnen und Lehrer müssen endlich ganz oben auf die bildungspolitische Tagesordnung gesetzt werden. Ein zentrales Ziel ist dabei die Sicherung der Chancengleichheit. Bestehende Unterstützungsangebote der Jugendhilfe und im Ehrenamt müssen hier finanziell, personell und räumlich ausgeweitet werden.

- Seitens des Landes NRW werden die Mittel aus dem Digitalpakt zur Digitalisierung der Schulen bislang nur zögerlich abgerufen. Dabei ist schon heute erkennbar, dass sie nicht ausreichen werden, um die Digitalisierung der Schulen erfolgreich zu meistern. Neben dem schnellen und effektiven Einsatz der Mittel aus dem Digitalpakt ist daher das Land stärker als bisher gefordert, die Schulträger auch finanziell bei der schnellen Umsetzung der Digitalausstattung der Schulen zu unterstützen.

### **Gerechte Finanzierung der Krisenfolgen:**

- Die Corona-Krise stellt die Bundesrepublik vor die größte Herausforderung seit ihrer Gründung. Die Kosten werden immens sein. Diese Kosten dürfen nicht denjenigen aufgebürdet werden, die jetzt schon unter den Folgen der Krise am stärksten leiden. Das Prinzip „Starke Schultern müssen die größten Lasten tragen“ muss hier gelten. Erforderlich zur Finanzierung der Folgen der Krise sind eine Abgabe auf besonders hohe Vermögen über 10 Millionen Euro, eine Anhebung des Spitzensteuersatzes, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine weitergehende Reform der Erbschaftssteuer.